



BEATE BÖHLEN

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart
T: 0711 2063-633
E: beate.boehlen@gruene.landtag-bw.de
F: 0711 2063-660

Pressemitteilung vom 28. Juni 2013

Zu dem angekündigten Fernbleiben der Fraktionsvorsitzenden von CDU, FDW und FWG der Unterzeichnung des SWR-Staatsvertrages erklären die Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Bea Böhlen, und der SPD, Joachim Knöpfel:

„Die Fraktionsvorsitzenden der Grünen und der SPD im Gemeinderat von Baden-Baden werden selbstverständlich die Einladung der beiden Ministerpräsidenten zur feierlichen Unterzeichnung des neuen Rundfunkstaatsvertrags annehmen“ meint Joachim Knöpfel.

„Die anderen drei Fraktionen mussten Mitte Dezember 2012 erst einmal zum Jagen getragen werden, um sich für den Erhalt und die Stärkung des Rundfunkstandortes Baden-Baden einzusetzen. Wenn sie jetzt die Einladung der beiden Ministerpräsidenten ausschlagen, setzen sie auf Konfrontation, ohne etwas zu bewirken“ so Knöpfel weiter.

„Die Argumentation der konservativen Fraktionsvorsitzenden des Baden-Badener Gemeinderates ist strukturkonservativ und eindimensional. Sie wollen den Status quo von vor zwanzig Jahren erhalten, nur der ist seit 15 Jahren durch die Fusion von SWF und SDR - im Übrigen maßgeblich von der CDU betrieben - nicht mehr gegeben“ ergänzt Bea Böhlen. „Anstatt selbstbewusst hinzustehen und den anwesenden Ministerpräsidenten zu sagen: ‚Wir werden über unsere Mitglieder im Rundfunk- und Verwaltungsrat Einfluss auf die Stärkung des Standortes Baden-Baden

ausüben, wir stehen hier und wollen unserer Sorge Ausdruck verleihen und sind dialogbereit', ducken sich die Kollegen weg und gehen in die Schmollecke. Die Flexibilisierung, die im novellierten Staatsvertrag Einzug findet, hat den Anspruch, den SWR zukunftsfähig zu machen. Es geht darum, global zu denken und lokal zu handeln. Dazu bin ich bereit“ erklärt Bea Böhlen.

Die Fraktionsvorsitzenden Bea Böhlen und Joachim Knöpfel werden sich auch künftig in den Gremien für die Stärkung des Rundfunkstandortes Baden-Baden einsetzen und vor allem das Gespräch mit den Entscheidungsträgern suchen, um für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Baden-Baden und für die Region die Arbeitsplätze und die vorhandene Infrastruktur zu erhalten.